Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

Fernsprech-Anschluß: Amt Dresden Nr. 34 362
Tel.-Adr.: Elbgaupresse Blasewitz

mit Loschwitzer Anzeiger

Bank-Konto: Stadtbank Dresden, Girokasse Blasewitz Nr. 666
Postscheck-Konto: Nr. 517 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgau-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Drechsler, für den übrigen Inhalt Eugen Werner, beide in Dresden.

Erscheint täglich mit den Beilagen: Amtl. Fremden- und Kurliste, Leben im Bild, Agrar-Warte, Radio-Zeitung, Mußestunden, Aus alter und neuer Zeit, Moden-Zeitung, Schnittmusterbogen. Der Bezugspreis beträgt frei ins Haus monatl. Mk. 1.90, durch die Post ohne Zustellgebühr monatl. Mk. 2.-. Für Fälle höh. Gewalt, Krieg, Streiks usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung bzw. Nachlieferung der Zeitung od. Rückzahl. d. Lesegeldes. Druck: Clemens Landgraf Nachfl., Dresden-Fr ital. Bei unverl. eingesandt. Manuskripten ist Rückporto beizufüg. Für Anzeigen, welche durch Fernspr. aufgegeb. werden, kann wir eine Verantwort. bez. der Richtigkeit nicht übernehm.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Tolkewitzer Str. 4
87. Jahrgang

Anzeigen werden die 8gespaltene Petit-Zeile mit 20 Goldpfennigen berechnet, Reklamen die 4gespaltene Zeile mit 80 Goldpfennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Platzvorschriften und schwierigen Sätzarten werden mit 50% Aufschlag berechnet. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telephonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Insertionsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeilenpreis in Anre: nung gebracht. Rabattanspruch erlischt: b. verspät. Zahlung, Klage od. Konkurs d. Auftraggebers.

210 — Mittwoch, den 9. September — 1925

Vor neuen Beratungen der Reichsregierung

Keine Ueberstürzung!

Reichskanzler Dr. Luther und Außenminister Dr. Stresemann werden anfangs der kommenden Woche ihren Urlaub beenden und wieder in der Reichshauptstadt eintreffen. Bis dahin dürfte die Situation so weit gediehen sein, daß die Reichsregierung ihre Besprechungen über die außenpolitische Lage wieder aufnehmen und zu neuen Beschlüssen gelangen kann.

In erster Linie handelt es sich jetzt darum, den Bericht des deutschen Sachverständigen auf der Londoner Juristen-Konferenz, Ministerialdirektor Dr. Gauß, einer sorgfältigen Prüfung zu unterziehen

und zu einer Beschlußfassung darüber zu kommen, ob dieser Bericht eine Handhabe zu der alsbaldigen Eröffnung mündlicher Verhandlungen mit den alliierten Regierungen bietet. So wie die Dinge jetzt liegen, muß die Frage, ob die Londoner Juristenbesprechung für Deutschland einen befriedigenden Verlauf genommen hat, noch völlig offen gelassen werden. Nach einem genauen Studium des alliierten Paktentwurfes dürfte die deutsche Regierung zunächst

den Weg der diplomatischen Fühlungnahme durch die deutschen Botschafter

beschreiten und im Anschluß daran die deutsche Stellungnahme zu dem Ergebnis der Juristenbesprechung bekanntgeben. Erst wenn diese diplomatischen Unterhandlungen zu einem vorläufigen Ergebnis zwischen den beteiligten Regierungen geführt haben, kann an die Einberufung einer Sicherheitskonferenz gedacht werden.

In Genf sind zur Zeit die alliierten Staatsmänner mit der Prüfung der Berichte der alliierten Juristen beschäftigt, die sich zum Tagungsort des Völkerbundrates begeben haben, um den Außenministern das Ergebnis der Juristenbesprechung vorzulegen. Es ist sehr wohl möglich, daß Chamberlain und Briand nach der Prüfung des Sachverständigenberichts zu einem

endgültigen Beschluß über die an Deutschland nochmals zu richtende Einladung zu einer Besprechung der Außenminister

gelangen werden. Eine solche Einladung würde aber nur formelle Bedeutung haben, daß die Berliner Regierung ihrerseits entschlossen ist, an den Vorbereitungen einer Konferenz aktiv mitzuwirken und sich die Initiative hierzu nicht aus der Hand nehmen zu lassen.

Eine Entscheidung darüber, ob und wann es zu einer Konferenz der beteiligten Regierungen kommen wird, ist kaum vor Ende September zu erwarten, obwohl man auch in dieser Beziehung vor Ueberraschungen durchaus nicht sicher ist.

Die alliierten Minister sind jetzt mit ihren Plänen etwas vorsichtiger geworden, denn sie kündigen die Zusammenkunft mit den Vertretern der deutschen Regierung neuerdings erst für Oktober an, während sie noch in der vorigen Woche optimistisch genug waren, die Außenministerbesprechung für den 20. September in Aussicht zu nehmen. Der Zeitpunkt der Einberufung einer Konferenz dürfte eher in die zweite Hälfte des Oktober fallen, da man deutscherseits darauf gedrungen hat,

daß die Vorbereitungen zu einer Konferenz nicht überstürzt werden.

Neuerdings verlautet, daß die deutsche Regierung inoffiziell den alliierten Mächten den Vorschlag gemacht hat, die Zusammenkunft in London abzuhalten und die geplante Vorbesprechung in der Schweiz endgültig fallen zu lassen. Obwohl eine amtliche Bestätigung dieser Information nicht vorliegt, läßt man in den Regierungskreisen durchblicken, daß London oder Brüssel als Tagungsort dem Reichskanzler Dr. Luther und Reichsaußenminister Stresemann weit sympathischer sein würde als die bisher genannten Städte in der Schweiz oder in Norditalien.

Bis zum Oktober wird es auch der Reichsregierung viel leichter sein, die maßgebenden Parteiführer vollzählig nach Berlin zu berufen, um die letzten Entscheidungen vor der Konferenz treffen zu können.

Nach den vorläufigen Dispositionen wird das Reichskabinett am Sonnabend der nächsten Woche einen entscheidenden Ministerrat abhalten, auf dem über alle diese Fragen endgültig Beschluß gefaßt werden dürfte. Im Anschluß daran werden dann neue diplomatische Schritte der deutschen Regierung erfolgen, die für alle Konferenzprojekte von ausschlaggebender Bedeutung sein werden.

Die Wirtschaftsverhandlungen mit dem Auslande

Die Wirtschaftsverhandlungen Deutschlands mit dem Auslande werden in der zweiten Hälfte des September wieder in ein akutes Stadium treten. Am wichtigsten ist die Wiederaufnahme der Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich, die am 15. September programmäßig erfolgt. Die noch bestehenden Schwierigkeiten ergeben sich aus der neuen französischen Zolltarif-Novelle, die aber vom französischen Parlament noch nicht verabschiedet worden ist. Falls es der französischen Regierung nicht in kürzester Frist gelingt, die Verabschiedung dieser Novelle zu erreichen, wird man den Versuch machen müssen, ein Provisorium mit Frankreich zustande zu bringen.

Hinsichtlich der Verhandlungen mit Rußland wird heute von deutscher amtlicher Seite vor einem allzu großen Optimismus gewarnt. Die Meldung der Industrie- und Handelszeitung, wonach ein positives Ergebnis der Verhandlungen bereits vorliege, ist nicht zutreffend. Die Besprechungen sind zwar in regem Fluß, aber man kann nicht behaupten, daß schon jetzt irgendein positives Ergebnis erzielt worden wäre.

Was die deutschen Wirtschaftsverhandlungen mit Italien betrifft, so liegen auch hier ernsteste Schwierigkeiten vor. Namentlich die neue deutsche Zolltarif-Novelle, die am 1. Oktober in Kraft tritt, dürfte ein starkes Hindernis für das Zustandekommen einer deutsch-italienischen Einigung bilden. Die italienische Regierung ist gegenwärtig bemüht, einen starken Druck auf die deutsche Delegation auszuüben, damit die Verhandlungen schnell zum Abschluß kommen.

Die vor der Wiederaufnahme stehenden Wirtschaftsverhandlungen mit Polen stehen noch immer auf dem alten schwierigen Punkt und werden voraussichtlich noch zu sehr ernsten Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und Polen führen. Die polnische Regierung hat keine Aussicht darauf, zu irgend einem Abkommen mit Deutschland zu gelangen, solang sie auf ihrem jetzigen Standpunkt verharrt und die wichtigsten Ausfuhrgebiete für Deutschland durch den Einfuhrzoll erschwert.

*

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen

Der Leiter der deutschen Delegation für die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen, Staatssekretär Trendelenburg, begibt sich entsprechend den mit dem französischen Handelsminister Chaumet am 11. getroffenen Vereinbarungen am 15. September nach Paris. Er wird begleitet von den Herren Mathies vom Reichswirtschaftsministerium und Geh. Rat Woermann vom Auswärtigen Amt. Die beiden Delegationsführer werden vereinbarungsgemäß die Lage zwecks weiterer Verhandlungen prüfen. Zu welchem Zeitpunkte die beiderseitigen Delegationen die Verhandlungen über ein deutsch-französisches Handelsvertragsprovisorium wieder aufnehmen, wird von dem Ergebnis dieser Vorbesprechung abhängen.

Dr. Gauß wieder in Berlin

Der deutsche Sachverständige auf der Londoner Juristenkonferenz Ministerialdirektor Dr. Gauß, der schon Dienstag wieder nach Berlin zurückgekehrt ist, hatte bereits wichtige Besprechungen mit dem Auswärtigen Amt. Dr. Gauß hat dem Reichskanzler und dem Auswärtigen Minister einen schriftlichen Bericht über den Verlauf der Juristenbesprechung übermittelt. Er wird vorläufig noch in Berlin bleiben und weitere Weisungen des Außenministers abwarten. Eine Aussprache mit dem Reichskanzler ist vorerst noch nicht vorgesehen, da die Kabinettsbesprechungen erst nach dem 15. September wieder aufgenommen werden.

Der Urlaub des Reichspräsidenten beendet

Der Reichspräsident ist von Distramszell kommend am Dienstag abend 8,48 Uhr wieder in Berlin eingetroffen. Zum Empfang am Bahnhof waren erschienen der Vertreter des Reichskanzlers, Reichswehrminister Dr. Geßler, und die Herren des Büros des Reichspräsidenten.

Die Nöte des Saargebiets

Eine parlamentarische Abordnung aus dem Saargebiet hat in den letzten Tagen mit mehreren Mitgliedern des Völkerbundsrates in Genf Unterredungen gehabt, um eine Reihe von Wünschen der Saarbevölkerung vorzubringen. Die Saardelegierten, die bei den Ratsmitgliedern entgegenkommende Aufnahme gefunden haben sollen, stellten folgende Bedingungen: Die Wählbarkeit zum Landesrat, die bis jetzt nur den im Saargebiet geborenen Einwohnern zugestanden ist, soll auf alle Einwohner des Saargebiets ausgedehnt werden. Die Saarbevölkerung soll ein Initiativrecht an den Landesrat erhalten. Den Mitgliedern des Landesrats soll volle parlamentarische Immunität zugestanden werden. Die französische Polizei soll völlig aus dem Saargebiet zurückgezogen werden, da die saarländische Ortsgendarmerie zum Schutze von Ruhe und Ordnung vollkommen ausreicht. Außerdem verlangt die Saardelegation die definitive Einrichtung eines Jahresturnus im Präsidium der Regierungskommission des Saargebiets und eine Reihe von wirtschaftlichen Zugeständnissen, so die Erhöhung der Löhne und Gehälter der Staatsarbeiter und Staatsbeamten.

Der Reichskanzler antwortet Painlevé

Wie wir hören, wird Reichskanzler Dr. Luther in seiner für Donnerstag in Bochum angekündigten Rede anläßlich der Befreiung des Ruhr- und Sanktionsgebietes auch auf die außenpolitische Lage eingehen. Der Kanzler wird bei dieser Gelegenheit dem französischen Ministerpräsidenten Painlevé auf seine Genfer Eröffnungsrede antworten, die für Deutschland wichtige Fragen aufgeworfen hat.

Was wird mit dem Zentrum?

Der in allen politischen Lagern mit großer Spannung erwartete Parteitag des badischen Zentrums ist vorüber. In seinem Mittelpunkt stand die Erörterung der innenpolitisch höchst bedeutsamen Frage, welchen Weg das Zentrum künftig bei seiner Politik beschreiten wird. Das Ereignis, das dieser badischen Zentrumstagung ihr besonderes Gewicht verlieh, war das Auftreten des früheren Reichskanzlers Dr. Wirth, der hier zum ersten Mal persönlich und in öffentlicher Rede die Gründe darlegen wollte, die ihn kürzlich dazu bewogen, aus der Zentrumsfraktion des Reichstages demonstrativ auszutreten. Aber wennschon das allein genügt hätte, dem Bericht über den Verlauf der Tagung bei allen politisch interessierten Zeitungslesern das eifrigste Interesse zu sichern, so gewann Wirths Programm- und Rechtfertigungsrede noch besondere Nachhaltigkeit und Wirksamkeit dadurch, daß vor ihm und nach ihm auch der frühere Reichskanzler Marx sprach und in bezug auf die künftige Zentrumspolitik eine Haltung einnahm, die sich im Einzelnen wie im Ganzen mit der Wirths vollkommen deckte. Es war nur gerecht und richtig, daß Dr. Wirth erklärte, eine so gute Rede, wie die von Marx auf dem Begrüßungstag des Parteitags gehaltene, habe er kaum jemals gehört.

Was haben nun beide im einzelnen ausgeführt? Marx erklärte, das Zentrum habe sich seinerzeit nach dem Zusammenbruch vergebens an jene Parteien gerichtet, die sich national nennen; die einzige Hilfe bei dem Bemühen, Deutschland aus der Katastrophe herauszuführen, hätten die Demokraten und Sozialdemokraten geleistet. Und dann richtete er scharfe Angriffe gegen die Deutschnationalen, die das deutsche Volk, wie sich jetzt zeige, in geradezu unerhörter Weise Jahre hindurch an der Nase herumgeführt hätten. Das Zentrum dürfe sie deshalb jetzt vor den entscheidenden Verhandlungen über den Eintritt in den Völkerbund und vor allem beim Abschluß des Sicherheitspakts mit dem freiwilligen Verzicht auf Elsaß-Lothringen nicht aus der Verantwortung herauslassen. Dr. Wirth wiederum erklärte es für geradezu unglaublich, daß die neuen Zölle bereits vor dem Inkrafttreten des Tarifs in die Preise einkalkuliert worden seien, und daß die Deutschnationalen in außenpolitischer Hinsicht Dr. Stresemann durch die Abgeordneten Westarp und Hergt hätten erklären lassen, sie müßten sich noch vorbehalten, was sie zu tun gedächten. Der badische Zentrumsparteitag bereitete sowohl Wirth wie Marx stärkste Ovationen nach ihren Reden. Nach der zweiten Rede von Marx gab es außerdem einen außerordentlich bezeichnenden Zwischenfall. Marx schloß mit den Worten, er wolle Wirth die Hand reichen und sagte, „dann wollen wir mal sehen, wer die Zentrumspartei unterkriegt, wenn zwei Kerle, wie wir, für sie eintreten". Darauf begann der Vorsitzende des badischen Zentrums, Prälat Dr. Schofer, seine Rede mit der Bitte, ihn als Dritten in den Bund aufzunehmen.

Welche Bedeutung wird nun diese Auseinandersetzung in Offenburg für die weitere Gestaltung der Dinge im Zentrum haben? Zunächst sei dabei angeführt, daß Marx mit stärkstem Nachdruck für die Erhaltung der Partei in ihrer jetzigen Gestalt eintrat, und daß Wirth sich seinerseits mit nicht minderem Nachdruck dagegen verwahrte, etwa Zerschlagungsabsichten zu haben und eine neue, demokratische Zentrumspartei bilden zu wol-

SLUB
Wir führen Wissen.